

Streitzeit

Nr. 02
03.03.2022

■ Für ein Jahrzehnt der Gleichstellung braucht es mehr!

Die neue Bundesregierung hat das „Jahrzehnt der Gleichstellung“ ausgerufen. Doch während der gesellschaftliche Wandel insgesamt durch Digitalisierung und Klimawandel schnell voranschreitet, geht es beim Thema Gleichstellung in Deutschland nur langsam voran. Trotz besserer Qualifizierung arbeiten Frauen häufiger in Berufen, die schlechter bezahlt werden, in Teilzeit oder in geringfügiger Beschäftigung. Sie sind deutlich seltener auf der Führungsebene tätig und tragen die Hauptlast der Sorgearbeit. Für ein „Jahrzehnt der Gleichstellung“ muss daher einiges passieren:

Weg mit den Minijobs!

Fast 60 Prozent der Minijobber*innen sind Frauen. Diese prekäre Arbeitsform ist mit Unsicherheit und fehlender Absicherung verbunden, sie wird geringer entlohnt und führt zu Altersarmut. Die geplante Anhebung der Minijobgrenze auf 520 Euro setzt daher völlig falsche Anreize. Sie verhindert gute Arbeit in Form von sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung und steht einer eigenständigen Existenzsicherung von Frauen und somit der Gleichstellung nachweislich im Weg. Aus diesem Grund fordern wir, dass der von der Bundesregierung geplante Gleich-

stellungsscheck, der neue Gesetze auf Aspekte der Gleichstellung hin überprüfen soll, sofort in die Praxis umgesetzt und bereits auf das Gesetz zur Anhebung der Minijobgrenze angewendet wird.

Schluss mit der Lohnlücke!

In Bayern betrug die Lohnlücke zwischen Frauen und Männern zuletzt 22 Prozent. Damit liegt der Freistaat im bundesweiten Vergleich am Tabellenende. Wenig verwunderlich klaffen daher auch die Rentenhöhen von Frauen und Männern weit auseinander – der sogenannte „Gender Pension Gap“ betrug laut aktuellem Rentenreport des DGB Bayern zuletzt 36 Prozent. Um diese Lücken endlich zu schließen, braucht es neben der Anhebung des Mindestlohns auf 12 Euro eine stärkere Tarifbindung und einen konsequenten Umbau des Minijobsystems!

Faire Verteilung der Sorgearbeit unterstützen!

Für eine partnerschaftliche Verteilung von Erwerbs- und Sorge-

arbeit sind entsprechende Rahmenbedingungen notwendig. Dazu gehören verlässliche und hochwertige Betreuungsstrukturen für Kinder und mehr (finanzielle) Anreize für gleichberechtigte Sorgearbeit, wie bspw. Verbesserungen beim Elterngeld.

Mehr Frauen in Führungspositionen!

Frauen müssen in Führungspositionen gleichberechtigt vertreten sein. Daher ist jetzt eine Novellierung des Bayerischen Landesgleichstellungsgesetzes (BayGIG) notwendig. Es braucht Modelle zu Führung in Teilzeit, eine gezielte Förderung von Frauen und auch weitere verpflichtende Quotierungen, damit dieses Ziel erreicht wird.

Die bayerischen Gewerkschaftsfrauen setzen sich gemeinsam mit ihren Kolleg*innen dafür ein, dass Frauen den gesellschaftlichen Wandel gleichberechtigt mitgestalten und selbstbestimmt arbeiten und leben können.

■ #wandelistweiblich

Für den DGB Bayern ist klar: Für ein Jahrzehnt der Gleichstellung brauchen wir einen gesellschaftlichen Wandel. **Einen Wandel, der weiblich ist!** Darauf und auf weitere gleichstellungspolitische Themen macht der DGB Bayern im Rahmen einer **bayernweiten Aktionswoche vom 06.-11.03.2022** mit zahlreichen regionalen Veranstaltungen und Aktionen aufmerksam.



Unterstützt die Forderung der DGB Frauen mit der ONLINE-POSTKARTE (<https://frauen.dgb.de/-/ck8>)

Alle Informationen rund um die Aktionswoche sowie zu unserer **Foto-Mitmach-Aktion** findet ihr unter <https://bayern.dgb.de/-/cJe>.

V.i.S.d.P.: Herbert Hartinger
DGB-Bezirk Bayern
Neumarkter Straße 22
81673 München
Telefon: 089-51 700-210
Telefax: 089-51 700-244
E-Mail: bayern@dgb.de